15ter Jahrgang. 4tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 18 Sgr. 9 Pf. vierteljährlich.
Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr



angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.

Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Verantwortlicher Redakteur: K. Bitterling. Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

№ 111. Dienstag, den 21. November 1848.

Präsident v. Unruh, nach erfolgter Neuwahl im Schützenhause: „Verlangen Sie von mir jetzt keine große Rede; ich schwöre Ihnen aber, daß ich von dem Platze, welchen Sie mir jetzt angewiesen, nun und nimmermehr freiwillig weichen werde!" —

Die Stimme des Volks.

Der, gegenwärtig Deutschland durchwogende Kampf, ist nicht ein neuer, sondern ein alter Kampf: es ist der Kampf des Humanismus gegen die Barbarei, ein Kampf, so alt und grau, wie die Weltgeschichte. Tobte er nicht laut, so zog er sich leise durch Wort und Schrift, Schule und Kirche; bald lieferte er Schlachten auf dem Gebiete des Staats- und Völkerlebens, bald in der stillen Bücherwelt und den Hörsälen der Lehrer, bald auf der Kanzel im Gebiete der Religion. Die Barbarei ist das rothe Zeichen des Egoismus, und ihr entgegen steht das Banner der Freiheit, welches der Humanismus erhebet für die Völker, für die Menschheit. Auch in unseren Tagen hat nun der Egoismus sein Zeichen wieder erhoben, und erhoben zur Völker-Unterdrückung. Fallen sollen der Gewalt der Bajonette, der Kanonenschlünde, die Freiheit und die Rechte der Menschen, um in der Hand Einzelner willkürlich zusammengefaßt und verwendet zu werden. Aber der Untergang der Herrschaft des Egoismus ist gekommen; er wird nicht mehr seinen Fuß tyrannisch auf den Nacken der Völker setzen, denn eine Waffe erhebt sich, mächtiger als Kanonen und Bajonette, eine Waffe, die alle höllischen Gewebe und Knoten des Egoismus zerschneidet und zerhaut, und diese Waffe ist: **Die Stimme des Volkes.**

Der untergehende Egoismus hat seine letzte Kraft in seinem letzten Repräsentanten um die Throne der Fürsten versammelt. Hier schließt seine Parthei, von uns **„Camarilla"** genannt, einen magischen Kreis der Verblendung um die Fürsten. So ist es in Oestreich, so auch bei uns in Preußen. Diese Camarilla sucht auf alle Weise die Fürsten für ihre selbstsüchtigen Zwecke zu gewinnen. Sie stellen ihm die Lage, den Zustand des Landes ganz anders dar, als es wirklich ist; sie schildern ihm die, Recht und Freiheit verlangenden Menschen als Aufrührer, als nach der Krone greifend; sie bieten Alles auf, um den Fürsten zu entzweien mit den Vertretern des Volks, — und damit mit dem Volke selbst, das im Begriffe steht, neue Bündnisse zu schließen, Bündnisse der Eintracht mit seinen Fürsten. Nimmermehr würden diese Diener des Egoismus nach unseren Fürsten fragen, wenn es ihnen nicht darum zu thun wäre, die Macht derselben sich anzueignen zu ihren Zwecken. Die Camarilla nimmt den Fürsten in ihre Mitte, und sucht ihn auf alle Weise vom Volke fern zu halten, um sein Schwert, seinen Scepter nach Belieben lenken zu können, und um ein geheiligtes Haupt zu haben, das sie darhalten können, gegen alle Schläge der Vernichtung, welche sie treffen sollen. — Aber dennoch, dennoch wird diese Camarilla fallen, vernichtet in den Staub sinken, ohne den Fürsten mit sich herabreißen zu können, denn der jüngste Tag des Egoismus ist einmal gekommen, der Mensch ist nicht mehr geschieden vom Menschen, er erkennt sein wahres Dasein im großen Ganzen, und also erhebt sich mächtig heraus aus dem großen Ganzen, dem Volke, die unblutige, aber desto sicherer vernichtende Waffe: Die Stimme des Volks! —

Die Majorität des Volks erhebt diese mächtige Stimme, diejenige Majorität von Millionen, von welcher sich die Kinder des Egoismus selbst freventlich abgeschlossen haben. Millionen erheben ihre Stimme, und diese Stimme des Volks ist die Verkündigung des Willens desselben. — Laßt uns sehn, ob die kleine Schaar der Diener der Selbstsucht, des Absolutismus, siegen wird. Ihre Zahl schrumpft in Null zusammen, gegen die Millionen des Volks. — Laßt uns sehn, ob der Wille des Volks nicht durchbrechen wird, und zu seiner Verwirklichung gelangen! Die Stimme des Volks gründet sich auf das Bewußtsein der Menschenrechte. Dieses Bewußtsein hat lang genug im Schlummer gelegen, es ist endlich erwacht, und nimmermehr wird sich das wache Auge wieder schließen zu neuem Schlafe. Der Mensch hat angefangen einzusehen, daß er Mensch ist, Mensch mit Leib und Seele, und ein Sohn der Erde. Er hat um sich geblickt, und im Nebenmenschen sich selbst wieder erkannt, das gleiche Gebilde, das gleiche Geschöpf Gottes. Da ist der Unterschied der Stände gefallen im wachen Auge des Menschen; da ist der Unterschied des Bluts, der Abstammung, des Herkommens gefallen vor dem mit Traum umnebelten Blicke. Die Erkenntniß der Gleichheit, der Satz: „wir sind Alle einander **gleich**, Einer wie der Andre!" hat sich reißend verbreitet durch Millionen, und dieser, dem Egoismus furchtbarste Grundsatz steht nun felsenfest im Herzen des Volks. — Sind wir aber gleiche Menschen, dann ist die Menschheit Eins, eine große, umfassende Einheit! Was dem Einen gilt, gilt auch dem Andern, und so umschlingt mit dieser Erkenntniß der Gleichheit auch das schöne Bruderband der Liebe die gleichgeschaffnen Söhne der Erde, knüpft sie fest an einander, und giebt ihnen auch die Freiheit, denn der Bruder will nicht herrschen über den Bruder, sondern über beiden muß allein stehen der einige, vernünftige Wille. Unser Revolutionsruf: **Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!** ist daher die Proklamation der

Menschenrechte, zu deren Forderung wir erwacht sind, und diese Menschenrechte wollen wir, für diese erhebt sich die Stimme des Volks.

Auf die Menschenrechte soll sich jede unserer künftigen Verfassungen basiren. Darum ist auch die Stimme des Volks gesetzgebend und entscheidend. Wir senden unsre Vertreter, niederzusetzen, was wir wollen und wie wir's wollen. Männer des Vertrauens haben wir gewählt, Männer, die da wissen müssen, was und wie wir's wollen. Wissen sie nicht in einzelnen Punkten, was wir verlangen, dann mögen sie hören auf die Stimme des Volks, die sich kund giebt in Volksversammlungen, in Adressen und durch die freie Presse. Wollen sie nicht wissen, was sie wissen sollen, dann müssen sie zurückgerufen werden von uns, denn sie sitzen auf Plätzen, die ihnen nicht gebühren. Irren sie in ihren Beschlüssen, dann muß die letzte entscheidende Stimme unser sein. Durch Billigung oder Mißbilligung wird das Volk zu erkennen geben, welche Gesetze mit seinem Wesen übereinstimmen oder nicht: das letzte, entscheidende Veto gebührt mit Recht nur dem Volke selbst. Sind aber unsre Vertreter, was und wie sie sein sollen: dann muß unsre Stimme sie kräftig unterstützen, sie zu stärken in ihrem heiligen Vorhaben, und ihren Ruhm zu verkünden.

Stark ist die Stimme des Volks und gewaltig, und wird unterstützt, nöthigenfalls, mit Gut und Blut des ganzen Volkes. Darum wird sie auch fallen, diese Camarilla, vor der Stimme des Volkes. Was vermöchten die Wenigen, wenn das ganze Volk aufsteht und spricht, wenn das ganze Volk seinen Arm erhebt. Was nützen die Kanonenschlünde! Der Kanonier kehrt bald die Kanone um, denn auch er gehört zum Volke. Was nützen die Bajonette! Der Mensch ist es müde, den Menschen zu morden. **Wir sollen sein ein einig starkes Volk von Brüdern!** Das ist die Stimme des Volks, und es wird zur Wahrheit werden, trotz zehn Camarillen. — — K. Bitterling.

Unsere Volksvertreter vor ihrem alten Sitzungslokal im Schauspielhause, am 11. November.

(Von einem Augenzeugen.)

Berlin, **11.** November. Nach den erhebenden und begeisterten Momenten des gestrigen Nachmittags waren der Abend und die Nacht still und ohne die geringste Störung verflossen. Heut vor Tagesanbruch jedoch strömten schon ungeheure Volksmassen nach dem Gensdarmenmarkt. Als gegen 8 Uhr die Zettelankleber erschienen, strömten die Massen nach den verschiedenen Ecken, um die neuen Placate zu sehn. Eines derselben sprach den Sinn und die Stimmung des Volkes in einfachster und deutlichster Weise aus und wurde deshalb zu wiederholten Malen laut vorgelesen und mit großem Beifall begrüßt. Es lautet folgendermaßen:

Bürger! Die Soldaten sind nicht unsere Feinde. Empfangen wir sie als unsere Brüder. Lassen wir weiße Fahnen wehen, rufen wir ihnen zu: Es leben unsere Brüder im Heere. Soldaten! Glaubt nicht, daß wir Euch hassen. Vergießt kein Bruderblut, es würde über Euch und Eure Väter und Geschwister kommen. Die National-Versammlung will Euer und unser Aller Recht erhalten. Kehrt Eure Waffen nicht gegen sie und gegen uns, die wir die Pflicht haben, sie zu beschützen. Es lebe die National-Versammlung! Es lebe das preußische Volk! Es leben unsere Brüder im Heere!

Mit dem Schlage neun Uhr kamen die Vertreter des Volkes, vom Mylius'schen Hotel, wo sie sich versammelt hatten, in geordnetem Zuge vor dem Schauspielhause an. Das Volk drängte sich ihnen entgegen und begrüßte sie mit Hurrahgeschrei und dem stürmischen Jubelruf: Es leben unsere Vertreter! Es leben die Männer des Volkes! Ein schwächlicher Greis, der neben mir stand, zog seinen Hut ab und blieb unbedeckten Hauptes vor den vorüberziehenden Deputirten stehen.

Als dieselben endlich vor dem Schauspielhause angelangt waren und sich vor ihrem gewöhnlichen Eingange aufgestellt hatten, erfüllte plötzlich eine lautlose Todtenstille den großen, menschenerfüllten Platz. Präsident v. Unruh klopfte an die Thür. „Wer ist da?" erscholl es von Innen. „Der Präsident der Nationalversammlung." „Ich habe den Befehl, Niemanden hier einzulassen." „Wer sind Sie?" „Ich bin der Commandant dieses Hauses." „Und ich, als Präsident der Nationalversammlung, bin nicht gewohnt, mit Leuten durch verschlossene Thüren zu unterhandeln. Ich fordere Sie auf, mir zu öffnen." Als der Commandant hierauf nochmals erwiederte, daß er die Thür nicht öffnen dürfe, wandte sich der Präsident an die Versammlung und sagte: Nun, so fordere ich die Vertreter des Volkes auf, mir nach dem Hotel de Russie zu folgen.

Hierauf sahen die Berliner Straßen ein Schauspiel, wie es groß und ewig denkwürdig dastehen wird in der Geschichte der Revolutionen. Von der Bürgerschaft und Tausenden und abermals Tausenden des Volkes begleitet, zog die aus ihrem Sitzungslokal verbannte Nationalversammlung durch die Jägerstraße nach dem Hotel de Russie. Aus allen Fenstern weheten die Tücher, alle Bürgerwehr-Schildwachen präsentirten, Hurrah-Ruf und Jubelgeschrei erfüllte die Luft. Vom Ende der Jägerstraße bis nach dem Hotel de Russie hatte das Volk ein Spalier gebildet. In feierlicher Haltung, ihre Präsidenten vorauf, schritten die Volksvertreter hindurch. Man sah deutlich, wie das Volk sich stolz und erhoben fühlte, seinen Vertretern, die seine Würde so energisch zu wahren gewußt, auch seine ungetheilte und begeisterte Liebe zu erkennen zu geben. Aller Parteihaß war vor der Größe des Augenblickes verschwunden. Vor dem Hotel de Russie hörte ich, wie Arbeiter aus dem demokratischen Club mit lauter Stimme riefen: Es lebe die wackere Rechte, die geblieben ist! Als die Versammlung sich in den Saal begeben hatte, gingen die Massen ruhig und in sichtbarer Ergriffenheit mit der Mahnung auseinander: Gehen wir für's Erste wieder nach Hause, damit man nicht sage, daß wir Aufläufe machen! Nur einzelne Gruppen blieben erwartungsvoll auf dem Platze stehen.

Eine Bürgerwehr-Bezirksversammlung in Berlin, am 13. November.

(Von einem Augenzeugen.)

Um 8 Uhr Morgens war wieder in einem Lokal der Schönhauser Allee Bezirksversammlung. Der Baron v. Gärtner berichtet über die Ereignisse der Nacht, die Niederlegung des Commandos von Seiten des Herrn Rimpler, der meisten Majore und des gesammten Stabes. Er selbst erklärte, daß er bleiben werde. Es wurde beschlossen, die Waffen zu behalten und die noch bei dem Feldwebel Wahlmann **Dr.** Roth, so wie bei zweien Zugführern befindlichen **18** Gewehre an solche Bürgerwehrmänner zu vertheilen, welche noch keine Gewehre besäßen. Desgleichen wurde von dem Major angezeigt, daß er noch **1000** Patronen besitze, die er zur Verfügung stelle; er wünsche jedoch, daß diese Munition nur an **25** Zugführer oder sonst das Vertrauen besitzende Männer gegeben und von denselben so lange verwahrt werde, bis sie etwa, was man nicht wünschen wolle, gebraucht werde. Bleibe sie unberührt, so solle sie wieder als eiserner Bestand zurückgeliefert werden. Jetzt erklärte sich eine große Anzahl Bürgerwehrmänner dahin, daß sie sich aus eigenen Mitteln mit Munition versehen würden, andere schenkten **100** Patronen, Pulver, man beschloß den Ankauf einiger Tausend Zündhütchen und der Bezirksvorsteher Jovas stellte **mehrere Centner Blei und seine Gießerei nebst Arbeitern zur Verfügung, um Kugeln zu gießen.** Sogleich meldete sich auch eine bedeutende Mannschaft zu der Arbeit. Man nahm noch die Erklärung sämmtlicher andern Bezirke des Bataillons entgegen daß sie ganz wie dieser Bezirk sich waffnen und verhalten würden und die Versammlung wurde aufgehoben. Nun eilte man nach den Läden, um Munition zu kaufen, so daß die Vorräthe bald sämmtlich aufgeräumt waren und dann ging es an das Kugelgießen. Einige hackten Blei, andere gossen, noch andere feilten die Kugeln rund, dann wurden Patronen gemacht rc. Es war eine wunderbare Thätigkeit und Mittags waren einige Tausend Kugeln gegossen. Es wurden Wachen ausgestellt, um eine Ueberrumpelung zu verhindern. In dieser Thätigkeit verlief der aufgeregte Tag. Um **4** Uhr sollten spätestens die Waffen abgegeben sein. Das Bataillon hatte keine einzige abgegeben, war nun vollständig gerüstet, hatte seine Wachen erhalten und blieb in seiner Ruhe.

Den Credit der deutschen Staaten betreffend.

Einer schweren, ja einer Schrecken erregend schweren Zukunft geht durch Creditlosigkeit Deutschland entgegen und die Folgen werden mit unerbittlicher Hand auf das politische sowie insbesondere sociale Leben vernichtend einwirken müssen, wenn noch einige Zeit die jetzt übliche Staatsklugheit oder besser Unklugheit Geltung behält. Ist denn Deutschland so arm an Staatsmännern, daß sich gar keiner finden läßt, welcher die doch so klar hervortretenden Gebrechen erblicken könne? Ist Niemand da, rufen wir, der einsieht, daß der Staat-

dessen Cassen leer, dessen Unterthanen keinen genügenden Lebensunterhalt erwerben können, dessen politische Verhältnisse mit jedem Tage bedenklicher, dessen Lasten mit jedem Tage drückender werden, dessen Staatspapiere nur mit enormen Verlusten abzusetzen sind, sieht Niemand ein, daß durch alles dies das Fortbestehen des Staats selbst in Frage gestellt ist, ein Zustand, der noch bedenklicher erscheint, wenn man erwägt, daß durch die allenthalben laut werdende Unzufriedenheit der Staatsangehörigen nachgerade die Ertheilung selbst der dringendsten Abgaben höchst schwierig zu werden anfängt. Nochmals, ist Niemand da, der dies einsieht?! Und trotz der allgemeinen schlimmen Lage würde es nicht schwer, diesen Uebelständen abzuhelfen, diese Gebrechen zu heilen, wenn man nur zu den ziemlich einfachen Hülfsmitteln greifen wollte, die hier im Allgemeinen bezeichnet werden sollten.

Deutschland, welches noch bis in die Jahre **1815**, also selbst nach langen Kriegsjahren, von einem Punkt bis zu dem andern durch und durch in Wohlstand blühte, wo Handel und Gewerbe in segensreicher Frische waren, erhielt durch seine angenommene innere schmachvolle Politik den ersten Krebsschaden, und wurde verkümmert durch ein total falsches Zollsystem. In wie weit dem ersten Uebel bis jetzt abgeholfen, wollen wir hier nicht zu untersuchen uns bemühen, die Dinge und Zustände sprechen in dieser Beziehung klar genug. Aber auch das letzte Uebel besteht bis zur Stunde noch fort. Deutschland bezieht von allen nichtdeutschen Staaten vermöge dieses Mauthsystems, für ungeheuere Summen Waaren, d. h. Fabrikate, gegen welche seine Ausfuhr nicht nennenswerth ist, und so kam es, daß, während die Bevölkerung um etwa **16** Millionen zunahm, die Mittel zu deren Unterhalt zu vielen Millionen dem Lande durch Bezüge ausländischer Fabrikate entführt wurden. Wie ist es also möglich, daß bei diesen Gegensätzen an ein Aufblühen gedacht werden kann? Wie kann die innere Industrie, wenn die ausländische durch geringe Eingangzölle bevorzugt, die Concurrenz bestehen? Und fragt man nach dem Grund einer bis jetzt von den einzelnen Staaten so auf flacher Hand liegenden Gebrechen befolgten Maxime, so ist auch die Antwort leicht zu finden; es ist dies keine andere als die: daß die Staatskassen außer den direkten sehr bedeutenden Steuern auch noch enorme Summen durch diese indirekte Besteuerung von den Staatsbürgern erzielten.

Würde jede Staatsregierung beherzigen, daß alle indirekten Abgaben den ersten Grundstein des Verderbens für ihre Völker enthielten, es würde bald anders um das Staatswohl aussehen.

Die Mittel zu Erwerb und Verdienst werden auf diese Art dem Gesammtstaatskörper entzogen und der Staatscredit theilweise hierdurch künstlich erhalten, theilweise durch Staatsanleihen bedeutend beschränkt. War es aber nicht mit Gewißheit vorauszusehen, daß bei einem politischen Umschwung der Verhältnisse die so durch Anlehen verschuldeten einzelnen Staaten in ihrem künstlichen Bestehen tief erschüttert werden mußten. Wie aber steht es jetzt aus? Die Staatsabgaben können nicht geringer werden, im Gegentheil sie vermehren sich täglich durch die beträchtliche Vermehrung einer schon ohnehin enormen Militärmacht. Gelder zur Deckung der Kosten sind nicht vorhanden und die Staatsangehörigen haben auch keins mehr, und aus letzterem Grunde namentlich sieht jeder Geldspeculant die Unmöglichkeit eines solchen Fortbestehens leicht ein; Geld gegen die besten Staatspapiere geliehen zu bekommen, ist nicht leicht möglich, und verkaufen will man nicht, weil ein zu enomer Verlust damit verbunden ist. Zu neuen Staatsanlehen gibt sich kein Negociant her und dem Staat bleibt nichts übrig, als zu Zwangsanlehn seine Zuflucht zu nehmen. Diesen beklagenswerthen Zuständen gegenüber, werden einige wenige durchgreifende Maßregeln genügen, neuen Aufschwung aller materiellen Verhältnisse sicher zu erzielen. Diese Maßregeln bestehen vor allen Dingen in Einführung der größten Sparsamkeit im Staatshaushalt, was bei einer im übrigen volksfreundlichen Politik sehr leicht ausführbar ist, ferner in einem total umgewandelten Zollsystem, welches auf Förderung und Sicherung der Gewerbsbetriebsamkeit des Volks durch Schutzzölle und durch Handels- und Schifffahrtsverträge mit dem Auslande und mit Beachtung aller einzelnen Verhältnisse und auf völlige Gegenseitigkeit gegründet basirt sein müßte. Endlich ist als Schlußstein der durch eine solche Politik zu erzielenden freundschaftlichen Verhältnisse mit den Nachbarstaaten unumgänglich nothwendig, eine bedeutende Reduktion der stehenden Heere etwa auf ein Fünftheil ihrer jetzigen Stärke, verbunden mit der Organisation einer wohlfeilen Volkswehr.

Reichst.-Zeit.

Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes.

Eine anderweitige Organisation unserer Gerichte kann nur dann mit Erfolg stattfinden, wenn vor allen Dingen die Patrimonialgerichtsbarkeit und der eximirte Gerichtsstand, welcher zur Zeit noch in Civilsachen besteht, gänzlich beseitigt werden. Der von dem Justiz-Minister Kisker ausgearbeitete und zur Berathung der National-Versammlung bestimmte Gesetz-Entwurf enthält darüber folgende sehr beachtungswerthe Bestimmungen: die standesherrliche, städtische und gutsherrliche Patrimonialgerichtsbarkeit jeder Art in Civil- nnd Strafsachen wird aufgehoben. Die Gerichtsbarkeit soll künftig überall nur durch vom Staate bestellte und besoldete Gerichtsbehörden im Namen des Königs ausgeübt werden. Einer gleichen Aufhebung unterliegt die katholisch-geistliche Gerichtsbarkeit in allen weltlichen Angelegenheiten, wohin namentlich auch Prozesse über die Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe gerechnet werden. Die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit erfolgt ohne Entschädigung, dagegen gehen alle Kosten derselben, insbesondere die Verpflichtung zur Uebertragung der Kriminalkosten, auf den Staat über. Die vorhandenen Geschäfts-Utensilien werden der Staatsbehörde mit übergeben, auch können diese die Benutzung der vorhandenen Geschäftsgebäude und Gefängnisse in ihrem zeitherigen Umfange gegen eine billige Vergütigung fordern. Die bei den Privatgerichten lebenslänglich angestellten und von den Obergerichten ohne Vorbehalt bestätigten Richter werden im Staatsdienste mit demjenigen Einkommen angestellt, welches ihnen nach Maßgabe ihres Dienstalters und der Etats-Verhältnisse in der Reihe der übrigen Unterrichter gewährt werden kann. Dasselbe gilt von allen Privatrichtern, welche die dritte Prüfung bestanden haben. Die übrigen ist der Staat zu übernehmen nicht verpflichtet, doch soll auf ihre Unterbringung möglichst Bedacht genommen werden. Bei ihrer künftigen Pensionirung wird ihnen ihre frühere Dienstzeit als Privatrichter angerechnet. Nach ähnlichen Grundsätzen wird mit den Subaltern-Beamten der Privatgerichte verfahren. Rücksichtlich der standesherrlichen Justizbeamten bleiben die mit den Standesherren geschlossenen Verträge maßgabend. — Was sodann den eximirten Gerichtsstand betrifft, so wird jede Exemtion für Personen, Grundstücke und Gerechtigkeiten, desgleichen der privilegirte Gerichtsstend des Fiscus aufgehoben. Jedermann steht künftig unter dem ordentlichen Gericht, welches für den Ort oder Bezirk zunächst und unmittelbar bestellt ist. Nur die Mitglieder der Königlichen Familie machen hiervon eine Ausnahme, indem es sowohl rücksichtlich ihrer streitigen als nichtstreitigen Rechtsangelegenheiteu, namentlich auch in Bezug auf ihre Testamente, Ehesachen, Nachlaß- und Vormundschafts-Angelegenheiten bei der bestehenden Hausverfassung sein Bewenden behalten soll. Die nach der Verordnung vom **28.** Juni **1844** zu behandelnden Prozesse über die Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe gehen wieder auf die ordentlichen persönlichen Gerichte der Eheleute über; eben so soll auch für Bergwerkssachen der bisherige Special-Gerichtsstand nicht weiter stattfinden. Die Vorschriften, wonach die Ausfertigung der Legitimations-Urkunden für uneheliche Kinder und die Bestätigung der Adoptionen nur durchs Obergericht erfolgen kann, werden aufgehoben und diese Befugnisse den ordentlichen persönlichen Gerichten überwiesen; eben so soll es der Genehmigung der vorgesetzten Behörde zur subhastationsfreien Veräußerung unbeweglicher Güter der Pflegebefohlenen künftig nicht weiter bedürfen. — Dies sind die Hauptgrundsätze des Kisker'schen Entwurfs. Die übrigen Detail-Bestimmungen haben nur für Juristen von Fach Interesse und können hier um so mehr übergangen werden, da der Entwurf nebst den Motiven binnen Kurzem durch den Druck veröffentlicht werden wird.

(Od. Z.)

Aus dem Hochwaldgebirge.

Wer auf der Eisenbahn von Breslau nach Schweidnitz oder Freiburg fährt, erblickt schon einige Meilen vor genannten Städten die schönen blauen Berge unsers schlesischen Gebirges, der Sudeten. Wer ein Freund der schönen Natur ist, dem klopft wohl schon das Herz vor Freude, wenn er die lange Kette der Sudeten sieht, und es treibt ihn ein innerer Drang, die Berge mit ihren herrlichen Fernsichten, die romantischen Thäler, in welchen sich friedliche Dörfer, von bedeutender Länge, hinziehen, näher kennen zu lernen. Und wahrlich es

belohnt dem Reisenden seine Mühe, wenn er einige Berge ersteigt und die herrlichen Aussichten ins flache Land genießt. Ich erinnere hier z. B. an die Fernsicht von der Siegeshöhe bei Hohenfriedeberg, Kreis Bolkenhain, wo das Auge des Beschauers das herrliche Schlesien, **30** Meilen im Umkreise und **10** bis **12** Meilen im Durchmesser, wie ein Zauberbild vor sich hat. Ist es darum wohl zu verwundern, wenn jährlich mehrere Tausend Reisende unser schlesisches Gebirge besuchen? wenn sie in unserer reinen, frischen Luft neue Stärkung — und aus den Gesundbrunnen des Kr. Waldenburg wie Charlottenbrunn, Altwasser und Salzbrunn — neues Leben schöpfen?

Doch wir gehen näher in die Zustände des Gebirges ein, um zu sehen, ob hier alle Rosen ohne Dornen, alle Honigvöglein (oder Bienen) ohne Stachel sind, ob, mit Einem Worte, das Paradies im schlesischen Gebirge zu finden ist. Ach, da werden wir leider recht bald belehrt werden, daß gar viele Zustände unseres Gebirgslebens von sehr mangelhafter Art sind, und daß es auf der weiten schönen Gotteswelt überall gut leben ist, wo man hinlängliches Brot hat und wo Person und Eigenthum vor Verletzung durch böse Menschen sicher ist. Wer müßte nicht, daß es im schlesischen Gebirge eine Klasse von Menschen giebt, die schon seit Jahren nur das Mitleid guter Menschen buchstäblich vor dem Hungertode gerettet hat; wer hätte noch nichts von unsern hungernden Webern gehört? Wohl in mancher Hütte, (von Holz gerade so gebaut, wie die Vogelfänger ihre Meisekasten bauen), ist der fleißige Weber vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein thätig, um für sich, seine Frau und **3** bis **6** Kinder so viel zu verdienen, daß er zum Frühstück braunes Kaffewasser, zum Mittagbrot Kartoffeln mit Salz und Abends eine Wassersuppe verzehren kann. Da kennt man auf der Straße den armen Weber schon von weitem an seiner dürftigen Kleidung und seinem abgemagerten Gesicht, welches bleich, oft ohne alle Farbe ist, und in dessen Falten und Runzeln sich Sorge und Kummer niedergelagert hat, um jeden Lebensmuth zu verscheuchen und jede Freude im Keime zu ersticken. Was helfen diesen armen Leuten die Schönheiten der Natur? Gern würden sie tauschen mit einer weniger schönen Gegend, gern würden sie auf sandigem Boden, zwischen Kieferwäldern ihre Wohnung aufschlagen, wenn sie dort recht mit Freudigkeit und Gottvertrauen beten könnten: „Unser täglich Brot gieb uns heute!" Nun denke sich der Menschenfreund ganze Dörfer solcher Weber, wie sie sich im Reichenbacher und Waldenburger Kreise finden. Man denke sich Dörfer wie Peterswaldau und Langenbielau mit **12,000** Einwohnern, von denen mehrere Tausend Weber sind; was muß nicht hier im Allgemeinen für Noth herrschen?

Schon seit mehreren Jahren ist, außer besondern Gesellschaften, die sich eigens dazu gebildet haben, die Staatsregierung thätig, das Elend dieser Menschenklasse zu mildern, Unterstützungsgelder zu sammeln und dem gesunkenen Linnenhandel neue Absatzwege zu verschaffen. Zu wünschen wäre, daß die reichen Fabrikherrn und Kaufleute den armen Webern mehr Lohn gäben und sich mit weniger Gewinn begnügten, dann wären solche Schreckensscenen nicht mehr zu befürchten, wenn sie **1844** bei dem Tumulte in Langenbielau 2c. vorkamen, wo den Kaufleuten so bedeutender Schaden von den Webern zugefügt wurde.

Sollte dem gesunkenen Linnenhandel nicht mehr aufgeholfen werden können, dann würden freilich Tausende in die bitterste Noth gerathen. Das Handlungshaus Kramsta in Freiburg beschäftigt allein mehrere Hundert Weber, und es würde ein harter Schlag für sie sein, wenn sich einst das Gerücht bestättigte, daß die Handlung eingehen sollte.

Auch gegenwärtig wird fleißig gearbeitet zum Besten dieser Menschenklasse. In der National-Versammlung zu Berlin hat man sich die Verhältnisse der Weber sehr angelegen sein lassen. Bis jetzt sind schon von den Behörden die speciellsten Nachrichten über sie eingefordert worden. Es ist wirklich zum Erstaunen und zum Erbarmen, wenn sich bei diesen Ermittelungen als Wahrheit herausstellt, daß manche einzelne Person am Webestuhle nicht mehr verdient, als **5** bis $7\frac{1}{2}$ Sgr. Dann ist es allerdings an der Zeit, da Hülfe zu leisten, wo es dringend nöthig ist. Nun, lieber Leser, wie gefällt Dir dieses Bild aus unsrem Gebirge? gewiß nicht zum Besten! Danke daher Deinem Schöpfer, wenn er Dir in einem ackerbautreibenden Dorfe Gelegenheit giebt, das tägliche Brot zu verdienen, denn es ist ausgemacht, wo Ackerbau und Viehzucht blühen, da giebt es weniger Hunger und Elend. So lebe wohl, und wenn Du Dich nicht gelangweilt hast beim Lesen dieser Zeilen, so klopfe ich nach einiger Zeit wieder an Deine Thüre und erzähle Dir wieder Etwas aus unserm Gebirgsleben. F.......

Bitte an die Herzogliche Kammer.

Die Herzogliche Kammer hat schon an mehrere Rustikalbesitzer früher erhobene Laudemien und andere Besitzveränderungs-Abgaben zurückgezahlt und die freudige Kunde hievon ist im ganzen Kreise verbreitet. Es sind dadurch unendlich viele Hoffnungen auf Rückgewähr erweckt worden, deren Verwirklichung allgemeinen Jubel, deren Enttäuschung aber höchst bittere Gefühle erwecken würde. Im Interesse sowohl der Herzoglichen Kammer als auch der Einsassen der Herzoglichen Ortschaften wird an erstere die Bitte gerichtet:

Dieselbe wolle sich öffentlich, vielleicht in dem auf dem Lande am häufigsten gelesenen Wochenblatte, (die Redaktion wird gewiß die Aufnahme nicht verweigern) darüber aussprechen, ob sie **alle** Besitzveränderungs-Abgaben zurückgewährt, oder hiebei nur gewisse Verhältnisse und zwar **welche?** berücksichtiget.

Einerseits wird dadurch einer Ueberschwemmung der Herzoglichen Kammer mit vielleicht nicht zu befriedigenden Gesuchen vorgebeugt, andrerseits werden dann auch die betreffenden Stellenbesitzer aufmerksam gemacht, so daß sie ihre Ansprüche geltend machen können.

Es ist zu hoffen, daß die Herzogliche Kammer dieser wohlgemeinten Bitte eine geneigte Berücksichtigung schenken wird.

Neuestes.

Landsleute!

Wenn die nächsten Nachrichten es bestätigen, daß Wrangel und Brandenburg im Auftrage der Potsdamer Camarilla Berlin ebenso zusammen bombardiren und kartätschen lassen, wie Wien, eile ich zu Euch. Kein Bürger soll glauben, daß ihm seine Rechte, kein Bauer, daß ihm die versprochenen Freiheiten gesichert bleiben, wenn der König die Berliner National-Versammlung auseinander sprengen darf. Alle für einen Mann! Schlesien für Berlin, das Landvolk für Breslau! Sonst wird es noch schlimmer, wie es vor dem März gewesen ist. Die Landwehr wird nicht gegen ihre Brüder fechten: Das weiß ich. Steht fest und haltet zusammen!

Frankfurt a. M., den **12.** November **1848.**

A. Rösler von Oels,
Abgeordneter zur konstituirenden National-Versammlung.

So eben kam der Redaktion folgendes Schreiben zu, welches wir hiermit schleunigst veröffentlichen.

Herr Redakteur!

Wir bitten Sie, folgende Bekanntmachung durch ihre Zeitung veröffentlichen zu wollen:

Die Preßfreiheit ist in Berlin vernichtet. Die Reaktion, deren Haupt-Organ der „Staatsanzeiger und die neue Preußische Zeitung" sind, verbreitet die größten Unwahrheiten und erlaubt sich die gröbsten Angriffe gegen die National-Versammlung und ihre Mitglieder, wahre Thatsachen werden entstellt oder verschwiegen; Widerlegungen und Gegen-Artikel sind verboten. Die Vossische und die Spenersche Zeitung müssen sich auf Berichte nackter Thatsachen beschränken. Fast alle übrige Zeitungen sind suspendirt.

Unter solchen Umständen halten die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung sich für verpflichtet, dem preußischen Volke und der Presse in den Provinzen dringend anzuempfehlen, die Nachrichten der Berliner Zeitungen über die innern Angelegenheiten des Landes und über das Wirken der National-Versammlung nur mit der größten Umsicht und nach sorgfältiger Prüfung und Vergleichung mit andern Nachrichten und andern Zeitungen anzunehmen.

Berlin, den **17.** November **1848.**

Mätze,
für sich und im Namen der Linken.

Sonnabend, den **18.** November, las man folgendes Plakat an allen Straßenecken der Stadt Oels:

Magistrat und Stadtverordnete haben uns Unterzeichnete zum Sicherheits-Ausschuß für die Stadt Oels ernannt und in Rücksicht der jetzigen Zeitverhältnisse uns ihre Rechte und Befugnisse mit der Vollmacht übertragen, Alles das zu beschließen und auszuführen, was zur Erhaltung der errungenen Freiheiten und zur Sicherheit der Stadt für nöthig erachtet wird.

Wir fordern daher alle Einwohner der Stadt auf, uns zu vertrauen und zu unterstützen.

Unser Lokal befindet sich im Rathhause zwei Treppen hoch, und ist dessen Eingang mit der Aufschrift

Sicherheits-Ausschuß

versehen.

Oels, den 17. November 1848.

Der Sicherheits-Ausschuß der Stadt Oels.

Ender, F. Kleinwächter, C. Oelsner, M. Philipp, Döring, Deutschmann, Tülff, Ed. Hoffmann, A. Schrottky, C. Philipp, J. Sachs.

Landwehr-Einkleidung.

Sonnabend, den 18. d. M., früh, fand die Einkleidung der Landwehrmannschaften in Oels statt. Wie sehr löblich ist, fanden im Allgemeinen keine Widersetzlichkeiten statt. Das Betragen Einzelner kann nicht für das Ganze angenommen werden. Die gute Sache gewinnt niemals durch Widersetzlichkeit, sondern allein durch Energie im ganzen Körper, die sich auf Recht und Wahrheit stützt. — Die Hälfte, 400 Mann, sind Sonntag früh nach Breslau zu abmarschirt, eben so circa 200 Mann Montag früh 6 Uhr, der Rest der Mannschaften blieb vorläufig in Oels.

Bericht über die Oelser Bezirksversammlung vom 19. November 1848.

Unter Eröffnung des Vorsitzenden fand heut eine Versammlung des Oelser Bezirksvereins Statt. In derselben gab:

1) ein Mitglied eine Schilderung der letzten Zeitereignisse, namentlich von Wien und Berlin und deutete auf die Gefahr und das Schicksal hin, welches auch uns droht.

2) Hierauf folgte die Verlesung eines Briefes des Abgeordneten Herrn Mätze, welcher die Maßnahmen des gegenwärtigen Ministeriums darlegt und dasselbe als ein von der National-Versammluug wegen Hochverrath angeklagtes darstellt. Demselben folgte die Verlesung eines zweiten, dessen Inhalt nachwies, wie die National-Versammlung das Land von der Steuer-Zahlung für so lange entbinde, als das Ministerium Brandenburg bestehe. Auf Herrn Mätze's Wunsch stellte ein Mitglied

3) den Antrag, daß vorerwähnte Mittheilung in wenigstens 500 Exemplaren gedruckt und an die Bewohner des Kreises vertheilt werde mit der Hinzufügung,

daß wir die Maßnahmen des unberechtigten, weil in Anklagestand versetzten, Ministerii Brandenburg in ihrer Tendenz, die ländliche Bevölkerung durch Ueberredung und Verheißung materieller Vortheile auf seine Seite zu ziehen und der guten Sache abwendig zu machen — richtig auffassen; dagegen aber die Berechtigung unserer National-Versammlung während der Zeit des Nichtbestehens eines gesetzlichen Ministerii, allein rechtsgültig zu beschließen und auszuführen — vollständig anerkennen und danach allein zu handeln entschlossen sind; und daß wir die wahre Bedeutung des Beschlusses der National-Versammlung vom 15. d. M., wonach die Steuern und Abgaben nicht aufgehoben sind, sondern nur die Zahlung derselben unter keiner Bedingung an das ungesetzliche Ministerium Brandenburg erfolgen darf, — durchweg außer Zweifel stellen.

Dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen; ebenso wie

4) der Antrag eines andern Mitglieds für künftigen Mittwoch, um 10 Uhr Vormittag, da der Abgeordnete Herr Rösler erscheinen und wichtige Mittheilungen machen will, eine Kreis-Vereins-Versammlung in's Elisyum zu veranlassen. Dieser Beschluß wurde dem Kreis-Vereinsvorstande mitgetheilt.

Nunmehr wurde

5) der Antrag gestellt, daß eine Kommission ernannt werde, welche bis zum Mittwoch dem Kreis-Verein darüber die nöthige Vorlage mache, an welches Depositum bis zur weitern Bestimmung die laufenden Steuern gezahlt werden sollen.

Der Antrag wird angenommen und die Kommission, bestehend aus 7 Mitgliedern, gewählt.

Schließlich stellte der Herr Vorsitzende

6) den Antrag: unsern beiden würdigen Abgeordneten Herrn Mätze und Rösler eine Ergebenheitsadresse zuzusenden und las den Entwurf derselben der Versammlung vor.

Wird einstimmig angenommen.

Endlich wurde noch beantragt,

daß der Kreisverein veranlaßt werde, der Adresse, welche von einer hiesigen Volks-Versammlung an die National-Versammlung für ihre würdevolle Haltung in den letzten Tagen zugesendet wurde,

beizutreten, was auch für dringend nothwendig anerkannt wurde.

Hiermit ward die Sitzung geschlossen.

An die Landbewohner des Kreises Oels.

In einem Erlasse vom 15. dieses Monats erklärt der ungenannte Minister des Innern Folgendes:

„Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß in verschiedenen Landestheilen auf dem platten Lande dadurch eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgerufen wird, daß man das Gerücht verbreitet, als gehe die Staatsregierung damit um, die Wohlthaten, welche durch die bereits vorgelegten und vorbereiteten Gesetze der ländlichen Bevölkerung zu Theil werden sollen, nicht in Erfüllung gehen zu lassen. Die Regierung ist jedoch auch in dieser Beziehung fest entschlossen, den betretenen Weg zu verfolgen und den bäuerlichen Eingesessenen jede irgend zulässige Erleichterung zu gewähren.

Die Königliche Regierung verpflichte ich, von dieser Absicht der Staats-Regierung der ländlichen Bevölkerung Ihres Bezirks schleunigst auf geeignete Weise Kenntniß zu geben und die Landräthe zu veranlassen, daß in den einzelnen Ortschaften der Kreise das erwähnte Gerücht widerlegt und den Eingesessenen die Ueberzeugung verschafft werde, wie das Staatsministerium entschlossen sei, wie alle die von Sr. Majestät dem Könige ertheilten Zusagen getreu zu erfüllen, so namentlich auch das Wohl der ländlichen Bevölkerung nach Kräften zu fördern.

Berlin, den 15. November 1848.

Der Minister des Innern."

Zur richtigen Würdigung dieses sogenannten „ministeriellen" Cirkulars erkläre ich in Uebereinstimmung mit meinen politischen Freunden Nachstehendes:

1) Der General Graf Brandenburg hat durch den General Wrangel die in Berlin versammelten Abgeordneten des preußischen Volks mit Waffengewalt in demselben Augenblicke aus ihrem Sitzungssaale vertrieben, als sie das so lange schon ersehnte Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung vieler auf der ländlichen Bevölkerung lastenden Abgaben beriethen.

2) Der General Graf Brandenburg will die weitere Berathung des fraglichen Gesetzes einer Versammlung überlassen, welche am 27. d. Mts. in der Stadt Brandenburg zusammen treten soll, und welche wahrscheinlich nur aus den fortgelaufenen Mitgliedern der National-Versammlung bestehen wird, — aus Mitgliedern, welche bisher regelmäßig gegen jede über den sogenannten Rechtsboden des Feudalstaates hinausgehende Erleichterung der Landbewohner gestimmt haben.

3) Der General Graf Brandenburg ist gar nicht befugt, im Namen des Königs Versprechungen zu geben, da er wie seine Kollegen von der National-Versammlung des Hochverraths angeklagt und schuldig erachtet worden ist.

4) Endlich beweis't die Reihe der über die ruhige Stadt Berlin verhängten Ungerechtigkeiten, was die ganze Bevölkerung Preußens von den Verheißungen des Generals Graf Brandenburg und des Herrn von Manteuffel zu erwarten hat.

Unter diesen Umständen hoffe ich, daß die ländliche Bevölkerung meines Wahlkreises sich durch derartige Erlasse der Regierungen und landräthlichen Aemter nicht wird irre leiten lassen, da dieselben offenbar nur darauf berechnet sein könnten, den ge-

setzlichen Widerstand zu brechen, welchen wir einem ungesetzlich handelnden Ministerium entgegen stellen wollen.

Berlin, den 16. November 1848.

Mätze,
Abgeordneter des Kreises Oels bei der National-Versammlung in Berlin.

An meine Wähler.

In ihrer 103ten Sitzung am 15. Novbr. hat die Nat.-Versammlung in Berlin folgenden Beschluß **einstimmig** gefaßt:

Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden, bis die hohe Versammlung wieder in Berlin mit Sicherheit ihre Pflichten erfüllen kann, und tritt dieser Beschluß am 17. November in Kraft.

Mätze.

Hierauf erklärt der Bezirksverein von Oels:

„daß derselbe die „Maßnahmen" des unberechtigten, weil in Anklagestand versetzten, Ministerii Brandenburg in ihrer Tendenz, die ländliche Bevölkerung durch Ueberredung und Verheißung materieller Vortheile auf seine Seite zu ziehen und der guten Sache abwendig zu machen — richtig auffasse; dagegen aber die Berechtigung unserer National-Versammlung während der Zeit des „Nichtbestehens eines gesetzlichen Ministerii" **allein rechtsgiltig** zu beschließen und auszuführen — vollständig anerkenne und danach allein zu handeln entschlossen sei; und daß derselbe die „wahre Bedeutung" des Beschlusses der Nat.-Vers. vom 15. d. M., **wonach die Steuern und Staatsabgaben nicht aufgehoben sind, sondern nur die Zahlung derselben unter keiner Bedingung an das ungesetzliche Ministerium Brandenburg erfolgen darf** — durchweg außer Zweifel stelle."

Höchst interessant!

Abendsitzung unserer National-Versammlung am 15. Novbr., „die Steuerverweigerung."

Mittwoch 15. November Abends 7 Uhr im Mielentz'schen Saal. Der Präsident Unruh eröffnet um 7 Uhr die Sitzung. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Präsident: Ich habe diese Sitzung anberaumt, aufgefordert von 203 Mitgliedern, also der beschlußfähigen Anzahl der Nationalversammlung um über die Frage der Steuerverweigerung zu berathen. Ich ersuche den Herrn Referenten der betreffenden Commission, den Bericht zu erstatten.

Abg. Kirchmann als Berichterstatter der Commission für die Steuerverweigerungs-Frage wünscht, daß dieselbe einer nothwendigen Besprechung wegen noch einmal auf kurze Zeit zusammen treten dürfe. (Zustimmung.)

Während dies geschieht, wird der Namensaufruf vorgenommen und ergiebt, daß 226 Abgeordnete anwesend sind.

Abg. Dirschke: Wir haben beschlossen, für diejenigen Mitglieder, welche an unsern Versammlungen nicht mehr Theil nehmen, die Stellvertreter einzuberufen, und für die ausgebliebenen Stellvertreter die Abgeordneten. Da nun der Herr Köpfer für Wirsitz die Versammlung verlassen hat, so frage ich den Herrn Präsidenten, ob der Abgeordnete dieses Kreises, der Prinz von Preußen, einberufen ist? (Unruhe.)

Der Präsident erklärt, daß dies geschehen werde. Es werden Adressen von den Städten, Arenswalde, Neetz, Marienwerder u. a. aufs Bureau niedergelegt.

Abg. Fischer (v. Münster) reicht eine Adresse von Münster ein, indem er zugleich das Volk von Westpfahlen dagegen verwahrt, daß man aus der Zweideutigkeit des Abgeordneten Rinteln von Westphalen (des neuen Justiz-Ministers) einen Schluß auf den Charakter der Westphalen im Allgemeinen ziehe. (Bravo).

Abgeordneter Elsner: Auch von Anhalt-Dessau und Cöthen ist eine Adresse von der dortigen National-Versammlung eingekommen, und ich bitte auch diese, wie die mecklenburgische, vorzulesen. (Zustimmung. Die Adresse wird verlesen.) Auf den Wunsch des Abgeordneten Parrisius erklärt der Präsident, daß er im Namen der Nationalversammlung auf diese Adresse danken werde.

Abgeordneter Kirchmann verliest den Bericht der Commision für die Steuerverweigerungs-Frage.

Nachdem in dem Bericht die Competenz der National-Versammlung, die Steuern zu verweigern, und die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Maßregel nachgewiesen, wird von der Commission vorgeschlagen, dem Antrage der Abgeordneten Jakoby, Temme, Elsner, Waldeck rc.:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen:

daß kein Ministerium berechtigt sei Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß von der National-Versammlung wieder aufgehoben wird."

beizutreten.

Abgeordneter Kirchmann: Wenn ich noch persönlich meine Ansicht über die Frage aussprechen soll, so habe ich vorzüglich auseinander zu setzen, welche Gründe mich bewogen haben, nachdem ich mich Sonntag gegen die Steuerverweigerung ausgesprochen, heute dieselbe zu empfehlen. Meine Gründe sind aber folgende:

Ich bin der Ansicht, daß in diesen Tagen die Regierung mit Gewalt, List und Ungerechtigkeit so weit vorgeschritten ist, daß uns jetzt nichts Anderes übrig bleibt, als zu diesem äußersten Mittel zu greifen, um das Land vor unabsehbarem Elend zu retten. Seit Sonntag hat das Ministerium neue Truppen herangezogen, so daß das Heer um die Stadt bereits 40 bis 50,000 Mann beträgt und hat den Belagerungszustand über Berlin und über Potsdam verhängt. Wie sich aber die Macht und die Gewalt gesteigert hat, so haben auch die Ungerechtigkeiten zugenommen. Der General Wrangel hat ein Kriegsgericht eingesetzt, bezugnehmend auf §. 18. Theil II. des Militär-Strafgesetzbuches vom 3. April 1845, ein Paragraph, der einen ganz anderen Sinn hat und sich auf die Kriegsschauplätze im Kriege bezieht. Eine andere Ungerechtigkeit liegt in der Verhaftung unseres Collegen Schramm, der in der Nähe des Militär-Commando's eine Bekanntmachung des demokratischen Clubs in Händen haltend, sofort arretirt wurde.

Ich gebe Ihnen endlich zu bedenken, daß die Entwaffnung der Bürgerwehr heute in den Häusern vorgenommen werde, und daß um 3 Uhr in der Nacht die Bürger aus ihrer Ruhe geschreckt wurden, um ihnen den Befehl zu bringen, daß sie um 9 Uhr die Waffen abgeben sollten. Aber größer und gefährlicher als alle Gewaltthaten ist die List die das Ministerium angewandt hat, die Freiheit zu unterdrücken.

Ich erinnere Sie daran, daß die Person des Königs vom Volke abgesperrt ist, daß keine Deputation vorgelassen wird. Ich erinnere Sie daran, daß die Minister selbst zur Deputation des hiesigen Magistrats gesagt haben, daß jetzt nicht die Zeit sei, wo sie Deputationen vor den König lassen könnten, weil sie fürchten, daß das Herz des Königs gerührt werde. (Große Aufregung: Pfui! Pfui!)

Was nun die Presse betrifft, so hat der General Wrangel sämmtliche Redakteure der hiesigen Zeitungen zu sich kommen lassen und hat ihnen erklärt, daß er ihnen keinen Censor bestellen wollte, daß sie sich selber censiren könnten, unter der Bedingung, daß sie kein Wort von der National-Versammlung, keine Adresse an dieselbe beibringen, aber alle Adressen an das Ministerium und gegen die Nationalversammlung abdrucken. (Pfui!)

Ferner sind dem Redakteur der Spenerschen Zeitung vom Ministerium zwei Artikel zugekommen, um dieselben in seine Zeitungen einzurücken. Den Inhalt kennen Sie Alle, und unterschrieben waren Sie: „Ein Mann von der Rechten."

Aus Crossen hören wir ferner, daß gestern früh ohne jede besondere Ursache keine Vossische Zeitung erschienen ist. Bemerken Sie, daß der leitende Artikel in dieser Zeitung mehr als sonst die hiesigen Verhältnisse mit Wahrheit schildert und anerkennend und lobend sich über die National-Versammlung ausläßt, so werden Sie auch hier annehmen müssen, daß mit List diese Nummer der Zeitung dort, wie gewiß auch anderwärts, absichtlich unterschlagen wurde.

Ich muß Sie ferner darauf aufmerksam machen, daß die Bekanntmachung, welche sich auf das kriegsrechtliche Verfahren bezieht, nicht im Staatsanzeiger steht. Sie wurde bei Abend ausgetrommelt und nur in wenigen Exemplaren gedruckt. Die übrigen Bekanntmachungen wurden sämmtlich Abends publicirt, so daß sie von den Zeitungen nicht mehr haben aufgenommen werden können und erst am dritten Tage in die Provinzen kamen.

Dies sind die neuen Handlungen des Ministeriums und ich glaube, sie sind so furchtbar, daß sie uns zum Aeußersten treiben müssen.

Es wird freilich mancher Einzelne darunter leiden, aber die Gefahr ist so groß, daß dies Unglück der Einzelnen als Kleinigkeit erscheint. Es ist freilich möglich, daß durch diese Maßregel **anarchische** Zustände im Lande sich äußern; **aber bedenken Sie, daß die Anarchie, die jetzt vom Ministerium geübt wird, in ihren Folgen weit furchtbarer und freiheitsmörderischer ist, und daß der gesunde Sinn des Volkes den rechten Weg bald finden wird.**

Ich empfehle Ihnen daher, den Antrag der Commission anzunehmen. Es verlangt ja derselbe nicht,

daß die Steuern völlig erlassen, sondern daß sie nur suspendirt werden, während der Dauer dieses hochverrätherischen Ministeriums.

(Lebhaftes Bravo!)

Der Antrag der Commission lautet:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen: daß kein Ministerium berechtigt sei, Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß wieder von der National-Versammlung aufgehoben wird.

Ein hierzu gestelltes Amendement der Abg. Schornbaum, Schultze (Delitzsch), Philips und Bloem beantragt:

„Die Nationalversammlung beschließt:

„Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht in Berlin ihre Sitzungen frei fortsetzen kann. Dieser Beschluß tritt mit dem 17. November in Kraft.“

Abgeordneter Zachariä: Zusatz-Amendement: Die Nichtbezahlung der Steuern bezieht sich nur auf die direkten, und unter der ausdrücklichen Verpflichtung der späteren Nachzahlung.

Das erste Amendement wird ausreichend unterstützt, das zweite nur nothdürftig.

Abgeord. Fischer (Münster) spricht gegen den Antrag, doch bemerkte er zugleich, daß er sich unbedingt den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfe; er erkenne keine Verpflichtung mehr gegen die Krone an, die sich selbst auf den Boden der Revolution gestellt, und die constitutionellen Prinzipien consequent zur Lüge gemacht habe. Nichts destoweniger erkläre er sich gegen den Antrag, der die Anarchie im Lande provocire und eigentlich die Alternative zwischen Krone oder Republik stelle. (Ungeduld der Versammlung. Schluß! Schluß! Der Redner verzichtet auf das Wort.)

Abgeord. Jacoby erklärt als Antragsteller, daß er sich im Interesse der Einmüthigkeit des zu fassenden Beschlusses dem Amendement der Abg. Schulze (Delitzsch), Schornbaum ꝛc. anschließe. Abg. Temme tritt dem bei. (Häufiger Ruf nach Schluß. Derselbe wird zahlreich unterstützt.)

Abgeord. Zachariä: Ich bitte um's Wort gegen den Schluß .... Große Ungeduld. Ruf! die Zeit drängt! Verzichten! Verzichten! Der ehrenwerthe Abgeordnete verzichtet nicht auf's Wort, sondern besteht darauf, sich über sein elendes Zusatz-Amendement ein Langes und Breites schwatzen zu hören. Die Versammlung ist in fieberhafter Ungeduld, Alles ruft nach Abstimmung, denn der nächste Augenblick kann den Saal wieder von Bajonetten gefüllt sehen ..... In diesem Augenblick erhebt sich der Ruf: Es ist Militair im Saal!!

Alles erhebt sich von seinen Sitzen — **an der Thür erscheinen mehrere Offiziere in Begleitung von einigen Unteroffizieren und Gemeinen mit vollem Gepäck,** Zorn und Entrüstung malt sich auf allen Gesichtern, manche Faust ballt sich, Vieler Hände greifen unwillkürlich nach den Stühlen, ein Theil der Mitglieder tritt dem Militair entgegen, die im Saal anwesenden Journalisten verlassen ihre Plätze und eine allgemeine Verwirrung, durch welche Ausrufungen des Zornes und der Wuth hindurchtönen, herrscht in der Versammlung. Mit größter Mühe gelingt es dem Präsidenten, der nicht einmal im Besitze einer Glocke ist, sich Gehör zu verschaffen. Der Major (sein Name wurde nicht bekannt) — tritt vor und meldet, **er habe den Befehl, die Versammlung zum Auseinandergehen aufzufordern.** Präsident: **Ich erkläre dem Herrn Major, daß dieser Befehl ein ungesetzlicher ist, und frage ihn von wem dieser Befehl ausgeht,** und ob er denselben **schriftlich** hat. Der Major entgegnet, er sei vom General Wrangel commandirt, **einen schriftlichen Befehl zu ertheilen, habe sich derselbe geweigert.** Präsident: Die Versammlung ist hier in einem Privatgebäude, also vollkommen berechtigt sich hier aufzuhalten, jedes unbefugte Eindringen **ist eine Verletzung des Gesetzes; außerdem bin ich nicht genöthigt, eine bloß mündliche Ordre zu respectiren.**

Der Major erklärt wiederholt, daß er seinen Befehl ausführen müsse. Präsident Unruh: Haben Sie Befehl, dies mit Waffengewalt durchzusetzen?

Major: Ich bin überzeugt, die Herren werden mich nicht in diese unangenehme Nothwendigkeit versetzen, sondern freiwillig den Saal verlassen ...

(Allgemeiner heftiger, leidenschaftlicher Ruf: **Nein! Nimmermehr! Niemand geht freiwillig ...** Langer Tumult.)

Präsident: Ich wiederhole meine Frage, ob der Hr. Major gesonnen ist, Waffengewalt anzuwenden?

Major: Wenn es sein muß: ja! Ich habe meine Pflicht zu thun!

(Es folgt nun eine Scene der leidenschaftlichsten Aufregung, die Abgeordneten sprechen heftig mit den Offizieren; Waldeck ruft durch den Tumult: Auch der Soldat hat die Pflichten des Bürgers zu erfüllen! Der Abgeordnete Hesse (Saarbrücken) **reißt sein Ordensband aus dem Knopfloch und wirft es dem Major mit den Worten vor die Füße: Von einem Könige, der solche Bubenstücke ausführen läßt, trage ich kein Ordensband mehr.** Die Offiziere sehen stumm zur Erde, die Gemeinen stehen ernst und schweigend an der Thür, sie drücken den an sie Herantretenden die Hand: es geschieht Ihnen nichts, meine Herren! gewiß nicht! **„Kommandiren Sie Feuer auf uns,“** rufen einige Abgeordnete den Offizieren zu, „damit Sie Ihr schändliches Werk vollends krönen.“

„Bedenken sie unsre Pflicht;“ entgegnen die Offiziere, sichtlich niedergeschlagen. — **„Ihre Pflicht wäre, demjenigen den Degen vor die Füße zu werfen, der Ihnen einen solchen Befehl ertheilte.“** Mehrere Abgeordnete stellen sich vor die Thür, um den Eintritt der übrigen Militärs zu verhindern. Alles ruft heftig durch einander, während ein Theil zur Ruhe mahnt. Inzwischen hat Abg. Plönnies unter fortwährendem Lärm die Tribüne bestiegen, nur seine letzten Worte werden vernommen, in der er die Versammlung auffordert, **ihre Berathung fortzusetzen.** Endlich legt sich der Sturm insoweit, daß der **Präsident** sich wieder vernehmbar machen kann. Er bemerkt, zum Major gewendet, daß die Versammlung im Begriff stehe, über den **Schluß** der Debatte abzustimmen, daß er aber die Abstimmung nicht vornehmen könne, so lange sich Bajonette im Saale befänden. Der Major entfernt sich mit seiner Begleitung, anscheinend, um die zur Räumung des Saales nothwendige Mannschaft herbeizuholen. Während dessen wird über den Schluß der Debatte abgestimmt, und derselbe angenommen.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, und ich frage die hohe Versammlung, ob sie beschließen will:

„Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, über Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht in Berlin ihre Sitzungen frei fortsetzen kann. Dieser Beschluß tritt mit dem 17. November in Kraft.“

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen. (Unaufhaltsamer Jubel in der Versammlung und auf der Tribüne endloses Händeklatschen, Bravo und Hüteschwenken folgen diesem einmüthigen Akte.) Die Erhebung dieses Augenblicks wird weder durch Herrn Zachariä gehört, der noch über sein Amendement abgestimmt wissen will, von allen Seiten wird er gebeten, davon abzustehen, jedoch beharrt er hartnäckig darauf, mehrere Abgeordnete treten ihm heftig entgegen, endlich wird das unglückselige Amendement, das beinahe die ganze Verhandlung nutzlos gemacht hätte, zurückgezogen.

Präsident: Ich schließe nunmehr die Sitzung und behalte mir vor, zur nächsten einzuladen!

(Schluß: 9 Uhr.)

Auf Flur und Treppe, sowie vor dem Hause stehen Mannschaften. Auf der Straße davor lebhafte Gruppen.

So endete diese denkwürdige Sitzung, welche die Ehre des Preuß. Volkes gerettet hat.

Aufforderung.

Der Lokalverein der Stadt Oels hat in der Versammlung am 14. November einstimmig beschlossen, eine

Bürger-Ressource

zu gründen. Die unterzeichnete Commission hat den Auftrag, jeden unbescholtenen und selbstständigen Bewohner unserer Stadt und Umgegend durch die hiesigen öffentlichen Blätter und auch durch Cirkular, zum Beitritt aufzufordern. Um aber auch dem ärmsten Bewohner der Stadt den Zutritt möglich zu machen, ist der monatliche Geld-Betrag auf nur 6 Pfennige festgesetzt worden — jedoch soll den Wohlhabendern die Gelegenheit, durch größere Beiträge die Zwecke der Bürger-Ressource zu fördern, nicht genommen werden.

In den nächsten Monaten wird sich die Bürger-Ressource jeden Mittwoch Abend, Punkt 7 Uhr, in dem Saale der verwittw. Frau Brauermeister Speck versammeln, den Besprechungen über politische und städtische Angelegenheiten 1 bis $1\frac{1}{2}$ Stunde und die übrige Zeit der Erheiterung im geselligen Kreise, widmen.

Der Kastengeist soll verbannt, der Bürger dem Bürger näher gebracht und durch Einigkeit die Stärke herbeigeführt werden, die uns für die Zukunft vor Allem nöthig sein wird.

Darum, Reiche und Arme, Angesehene und Unangesehene reicht Euch die Hände zu einem Vereine, der die wohlthätigsten Folgen für uns Alle herbeiführt.

Mittwoch, den 22. November, Abends Punkt 7 Uhr, findet die erste Versammlung für diejenigen statt, welche ihren Beitritt bis dahin erklärt haben.

Die Commission für Gründung einer Bürger-Ressource.

Deutschmann, Kaufmann. Müller, Lehrer. Grell, Bäckermeister.

Die bereits in Nummer 110. abgedruckte Beifalls-Adresse an die Abgeordneten des Oelsner Kreises, Herrn Mätze und Rösler, ist in der am 19. d. M. abgehaltenen Volksversammlung des Oelsner Bezirks ebenfalls angenommen worden.

Der Vorstand des Oelsner Bezirks.

Bekanntmachung.

In dem Gasthause zum blauen Hirsch in Oels ist eine Liste ausgelegt, in welche diejenigen Herren sich einschreiben können, welche zu dem Zweigvereine der Veteranen des Kreises Oels treten wollen.

Einem hohen Adel und geehrten Publikum zeige ich hiermit ganz ergebenst an, daß ich in dem am Markte gelegenen Hause Nro. 156., dem Rathhaus-Keller gerade über, eine Stiege hoch, vorn heraus, meine Kinder-Spielwaaren so wie Galanteriewaaren vom 22. November d. J. ab ausgestellt habe, welche ich gesonnen bin gänzlich auszuverkaufen, und bitte ein geehrtes Publikum mich mit recht zahlreicher Abnahme zu beehren, da die Verkaufspreise bedeutend unter den Einkaufspreisen gestellt sind. Noch bemerke ich, daß ich Willens bin, einen ziemlichen Vorrath von Riemerwaaren gänzlich auszuverkaufen.

Schipke.

Ein zuverläßiger, verheiratheter Müller oder Altmühlscher, welcher französische Steine zu behandeln versteht, wird gesucht; zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Marktpreise der Städte Oels, Bernstadt und Wartenberg

vom 18. November 1848.

Oels. Preuß. Maaß und Gewicht.	Weizen. der Scheffel rthlr.	sgr.	pf.	Roggen. der Scheffel rthlr.	sgr.	pf.	Gerste. der Scheffel rthlr.	sgr.	pf.	Erbsen. der Scheffel rthlr.	sgr.	pf.	Hafer. der Scheffel rthlr.	sgr.	pf.	Kartoffl. der Scheffel rthlr.	sgr.	pf.	Heu. der Centner rthlr.	sgr.	pf.	Stroh. das Schock rlt.	sgr.	pf.
Höchster	1	22	6	1	6	—	—	26	4	1	12	—	—	16	—	—	—	—	—	14	—	4	—	—
Mittler	1	21	3	—	29	3	—	25	3	1	11	—	—	15	—	—	8	—	—	13	—	3	27	6
Niedrigster	1	20	—	—	28	—	—	24	3	1	10	—	—	14	—				—	12	—	3	25	—
Bernstadt.																								
Höchster	1	24	—	1	2	—	—	24	—	1	15	—	—	16	6	—	8	—	—	14	—	4	—	—
Mittler	1	21	6	1	—	3	—	23	—	—	—	—	—	15	3									
Niedrigster	1	19	—	—	28	6	—	22	—	—	—	—	—	14	—									
Wartenberg.																								
Höchster	—	—	—	—	26	—	—	23	—	—	—	—	—	14	—	—	—	—	—	10	—	3	—	—
Mittler	—	—	—	—	25	—	—	22	—	—	—	—	—	13	—	—	8	—	—	9	6	2	22	6
Niedrigster	—	—	—	—	24	—	—	21	—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	9	—	2	15	—

Sinonyme Bezeichnungen der Neuzeit.

Ein späterer Geschichtsforscher muß drei deutsche Sprachrichtungen entdecken, die im Jahre 1848 entstanden sind. Um einem solchen Forscher Mühe zu ersparen, geben wir hier einige Erläuterungen.

Neuentstandene Sprachrichtungen:

Ursprüngliche Bedeutung:	1. reaktionäre:	2. gemäßigte:	3. radikale:
Reaktionär heißt:	Patriot,	Narr,	Schurke.
Gemäßigter "	Pfiffikus,	Liberaler,	Talpatsch.
Radikaler "	Schuft,	Schwärmer,	Mensch.
König "	Gottes Gnade,	Nothwendigkeit,	Unkraut.
Volk "	Plebs,	Nation,	Souverän.
Reform "	Unsinn,	Bedingniß,	Umsturz.
Constitution "	Radikalismus,	rechte Mitte,	Reaktion!

(Wartberg. Kreisb.)

Fein braunen westindischen Rum die Flasche 8 und 10 Sgr.,
" " Jamaika-Rum die Flasche 15, $17\frac{1}{2}$, 20 Sgr., 1 Rthlr.,
im Einzelnen das preuß. Quart 10, 15, 20, 25 Sgr.
empfiehlt **J. Hoffmann.**

Ein kleines Quartier nebst Pferdestall und Wagenremise wird zu miethen und zu Weihnachten c. zu beziehen gesucht. Offerten nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Neue Schottische Heringe pro Stück 6 Pf.,
Marinirte Heringe pro Stück 1 Sgr. 3 Pf., von ausgezeichneter Qualität,
empfiehlt **J. Hoffmann.**

Druckfehler. In Nro. 107. des Wochenblattes muß es heißen: Von 37 Mitgliedern aus Kunzendorf 18 Sgr. 6 Pf. und nicht 15 Sgr. 6 Pf. Müller.

Ferner sind der Kasse des Volksvereins an kurrenten Beiträgen, für den Monat Oktober zugegangen: Von 31 Mitgliedern der Gemeinde Grüneiche und Groß-Graben 1 Rthlr. 26 Sgr. 6 Pf. Von ? Mitgliedern der Gemeinde Jackschönau 12 Sgr. Müller.

Benachrichtigung.

Die deutsche National-Versammlung zu Frankfurt a. M. hat am 14. November d. J. mit einer Mehrheit von 80 Stimmen (239 gegen 159) beschlossen:

1) Die Königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln ergriffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen.

2) Daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist. —

Möge hierdurch recht bald die Lösung des Zwiespalts zwischen Krone und National-Versammlung herbeigeführt werden! —

